

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40

Mittwoch, den 17 Februar 1904.

11. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

## Rußland und Japan.

Während amtliche Berichte über die Vorgänge auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz nur sehr spärlich einlaufen — namentlich die Japaner bewahren konsequent ein aus taktischen Erwägungen verständliches Stillschweigen — überbieten sich die zahlreichen Kriegskorrespondenten englischer und amerikanischer Blätter in Sensationsmeldungen aller Art, die zum Teil unverkennbar den Stempel der freien Erfindung an der Stirn tragen, zum Teil aber doch auch wiederum den Eindruck erwecken, daß sie der tatsächlichen Grundlage nicht ganz entbehren können. Bei der Unmöglichkeit, eine Nachprüfung der alarmierenden Berichte vorzunehmen, müssen wir uns darauf beschränken, die eintreffenden Telegramme zu registrieren und ihre Bestätigung oder Widerlegung abzuwarten. Ein Reuter-Telegramm aus Tschifu meldet, daß ein Teil des russischen Geschwaders am Sonnabend Abend aus Port Arthur herauskam. Nach einer in London eingelaufenen Meldung aus Tokio soll die Bladiwostok-Flotte den Japanern entkommen sein. Ihr augenblicklicher Aufenthalt sei unbekannt. In London liegen ferner folgende Meldungen vor, deren Glaubwürdigkeit nicht gerade über allem Zweifel erhaben ist: Der deutsche Dampfer „Yokohama“ ist von dem japanischen Kriegsschiff „Amagi“ gekapert worden, weil er eine Ladung Dynamit für Port Arthur an Bord hatte. Bei Yokohama nahmen die Japaner den russischen Dampfer „Koptik“ weg. Der angeblich weggenommene russische Postdampfer „Mongolia“ ist dagegen wohlbehalten in Dalny eingelaufen. Die „St. James' Gazette“ meldet aus Kobe vom 12. Februar: Infolge des Angriffs der Russen auf unbewaffnete Kaufschiffe beschloß die japanische Regierung, alle ihr in die Hände fallenden russischen Schiffe ohne Rücksicht auf das Datum des Abganges wegzunehmen. Fünf in Saseho beschlagnahmte Kaufschiffe, die man bereits in einigen Tagen wieder freigegeben wollte, wurden nun dem Preisgericht überwiesen. Blochs Agentur meldet, daß der von den Japanern weggenommene Dampfer „Manschuria“ in Saseho bei Kagasaki eingetroffen sei.

Die japanische Gesandtschaft in London erhielt eine amtliche Depesche aus Tschifu, wonach der Kapitän des aus Port Arthur angekommenen amerikanischen Dampfers „Blades“ berichtet, daß der von den Japanern beschlagnahmte russische Kreuzer „Astold“ am 13. Februar Vormittags im inneren Hafen von Port Arthur gesunken sei. Die russischen Verluste im Kampfe bei Port Arthur würden auf 29 Tote und 60 Verwundete angegeben. Außerdem seien im Gordon-Hill-Fort zwei getötet und verschiedene verwundet worden.

Das „Russ. Handelslegr.-Bureau“ meldet aus Petersburg: Der aus Bladiwostok abgegangene Dampfer der freiwilligen Flotte, „Boronef“, von dem besüchelt war, daß er von den Japanern abgefangen sei, ist wohlbehalten in Singapur eingetroffen. Dasselbe Bureau erfährt noch aus Port Arthur, nach einem Telegramm des Generalmajors Pflug an den Generalstab wurde laut Nachrichten aus Jnkou dort vom Ufer aus am 10. ds. das Feuer feindlicher Schiffe beobachtet. Am 12. ds. liefen Nachrichten ein, daß sechs japanische Kreuzer vor der Mündung von Latungkau erschienen und Kanonenschüsse abgaben. Es sind Maßregeln zur Rekognoszierung getroffen.

Aus Tokio wird dem „Berl. Tgl.“ gemeldet: Das amtliche Blatt veröffentlicht die Verordnung über die Ausgabe einer fünfprozentigen Kriegsanleihe in Höhe von 100 Millionen Mark zum Kurse von 95. Die Anleihe soll in fünf Jahren getilgt werden. Das Hauptquartier in Tokio richtete am 12. Februar ein Oberpreisengericht ein. Die Nachricht, daß vier Kriegsschiffe des russischen Nordgeschwaders, welches sich auf der Höhe von Schimonoseki befand, kleine japanische Handelschiffe in Grund geböhrt haben, erregte in Hiroshima und Yamaguchi große Entrüstung.

Der japanische Verkehrsminister erließ nach einer Wolffschen Meldung aus Yokohama eine Bekanntmachung, daß die japanischen Konsuln einstweilen unter Umständen ausgesetzt werden können. Ueber die japanischen Rayons Kagasaki, Saseho, Bussime und Hakodate wurde der Belagerungszustand erklärt. Eine Maßregel, die wohl im Hinblick auf das Erscheinen der russischen Bladiwostok-Flotte getroffen wurde.

England hat vom Statthalter Algejew eine Erklärung wegen der Zurückhaltung englischer Schiffe in Port Arthur verlangt und gleichzeitig deren Freigabe gefordert. Darauf hat Algejew geantwortet, die Schiffe seien jetzt freigegeben. Sie seien

vorher zurückgehalten worden, weil sich japanische Untertanen an Bord befanden. Diese Erklärung wird jedoch, wie Reuter meldet, in London nicht als befriedigend angesehen. „Reuters Bureau“ meldet ferner, China habe den Mächten notifiziert, es könne keine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Neutralität in einer von einer fremden Macht besetzten Provinz übernehmen. Die Lage in der Mandschurei sei ernst.

Ueber die Seeschlacht bei Tschemulpo am 8. Februar berichtet ein Augenzeuge dem „New York Herald“: Um 4 Uhr nachmittags segelten die japanischen Kriegsschiffe „Atschi“, „Chigoda“, „Takachiho“, „Mamieva“, „Mikoto“ mit sieben Torpedobooten und drei Transportdampfern in den Hafen ein und landeten bis zum Morgen grauen in bester Ordnung 2500 Mann auf der japanischen Konzeption. Die Kriegsschiffe segelten alsbald ab, nachdem der Kommandant Admiral Uriu den Kommandanten der russischen Kriegsschiffe „Warjag“ und „Korjok“ eine Frist zum Verlassen des Hafens, und zwar bis Mittag, gesetzt hatte. Um 1/2 12 Uhr mittags dampften „Warjag“ und „Korjok“ ab. Zehn Minuten später begegneten sie acht japanischen Schiffen und gaben Feuer. Die Japaner konzentrierten ihren Angriff auf die „Warjag“, die, eingeschlossen, das Feuer von beiden Breitseiten erwiderte, aber schlecht schoß. Die Japaner schlossen langsam den Kreis um die „Warjag“ enger. Um 1/2 2 Uhr brach das Feuer ab. Die „Warjag“ lehrte in den Hafen zurück und nahm mit „Korjok“ Stellung unter den übrigen Schiffen. „Korjok“ hatte einen Kessel zerstört und brannte achteraus. Der Kommandant weigerte sich, die Verlustziffer zu nennen. Die Japaner hatten sich zurückgezogen. Schlag 4 Uhr flog „Korjok“ in die Luft. Nach Verziehen einer riesigen Rauchwolke sah man nurmehr den Schornstein und die Masten über das Wasser ragen. Die Japaner an Land brachen in wilden Jubel aus. Um 1/2 5 Uhr näherten sich die japanischen Schiffe neuerdings. Um 1/2 6 Uhr brach Feuer auf dem Hinterdeck „Warjags“ aus. Die Japaner stellten das Schießen ein. „Warjag“ neigte sich langsam und versank um 6 Uhr mit Gefolge.

Die Stimmung in Rußland illustriert folgende Wiener Drahtung: Dem Lemberger „Kurjer Drowst“ zufolge haben dort 300 Unbesitzthümer vor dem russischen Konsulat russeneindliche Demonstrationen veranstaltet und Hockrufe auf Japan ausgebracht. Die Polizei trieb die Demonstrationen auseinander. Ein Student wurde verhaftet.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 15. Februar 1904.

Der Reichstag führte am Montag die Debatte über das Reichsversicherungsamt zu Ende. Unsere Genossen Frähdorf, Robert Schmidt, Städtgen und Wollenkühn griffen nach einander in die Debatte ein, um bald frühere Angriffe gegen die Partei zu widerlegen, bald neu erhobene abzuwehren. Witten in diese sich eng an das Thema haltenden Erörterungen fiel eine Auseinandersetzung mit Herrn v. Seyl. Der Wortführer Lederfreier hatte den begreiflichen Wunsch empfunden, sich von dem Vorwurf objektiver Unwahrheit, den bei der Generaldebatte Genosse Dr. David und am Sonnabend Genosse Städtgen gegen ihn erhoben hatten, rein zu waschen. Leider gelang ihm diese Reinigung höchst unvollkommen. Er wand sich zwar wie ein Schlangenmensch und suchte die unbrauere Wahrheit zu verschleiern. Aber er mußte schließlich doch selber zugeben, wenn auch in verbedeten Worten, daß seine Angaben über die Stellung unserer Fraktion zum Wuchergesetz unrichtig waren, daß er Millerand nicht wörtlich zitiert, sondern eine Zusammenstellung von „dem Inhalt nach“ übersehten Zitate fabriziert hatte, und daß schließlich auch die „Ulrichsche Steuerskala“ nicht von diesem, sondern von dem bessischen Finanzminister Gnaul herrühre, der damit einen falsch verstandenen Antrag Ulrich auf Eratz der Stempelsteuer durch eine Einkommen- und Vermögenssteuer mit starker Progression hatte ad absurdum führen wollen. Die Feststellung dreier solcher Fälschungen würde jeden andern Menschen zu einer gewissen Bescheidenheit nötigen. Herr v. Seyl aber suchte die Schwäche seiner Position hinter um so häßlicheren Schimpereien auf die Sozialdemokratie zu verlagern. Er erreichte damit nur, daß ihm Städtgen lieber keine Fälschungen, die alten wie die neuen, um so gründlicher vorhielt und ihn aus allen seinen Verfechten und Verhüllungen herausnötigte. Nur erst begriff er, daß Schweigen zu spät für ihn sei. Bei seiner Polemik gegen Herrn Seyl v. Hülshausen hatte Städtgen mit dessen gerade präzisierendem Kollegen Herrn Dr. Paasche, einen beständigen Zusammenstoß. Während Graf Döllner Herrn

v. Seyl gestattet hatte, seine Ausführungen, die mit dem Reichsversicherungsamt in gar keinem Zusammenhang standen, in aller Breite zu Ende zu führen, wurde Herr Dr. Paasche nervös, als er hören mußte, wie seinem Freund Seyl von Städtgen in jedem Satz objektive Unwahrheit nachgewiesen wurde. Geschäftsordnungswidrig forderte er unsere Redner zu größerer Kürze auf und als dieser sich jede Störung verbat, rief er ihn zur Sache. Nachher war er sehr enttäuscht, als Städtgen ihn ironisch daran erinnerte, daß Herr v. Seyl sein Fraktionskollege sei. Aber die Abfuhr hatte er weg. Mit rotem Kopf saß er auf dem Präsidentenstuhl, hütete sich aber wohlweislich, noch einmal mit unserem Genossen Städtgen anzubinden.

Nach Erledigung des Reichsversicherungsamtes wurden die noch ausstehenden Kapitel des Reichsamtens des Innern ohne wesentliche Debatte angenommen. Erst beim Extraordinarium setzte der Kampf ein, der hier bei einigen Titeln um die Sache der deutschen Kunst geführt werden soll. Ein kleines Vorpostengeficht lieferte zunächst Genosse Südekum der Regierung und den Mehrheitsparteien. Für den Aufbau der Hofkönigsburg ist im Etat eine weitere Rate vorgesehen. Südekum machte nun darauf aufmerksam, daß der bekannte Architekt Bodo Ebhardt nach dem Urteil aller Sachverständigen nicht eine Rekonstruktion der alten Hofkönigsburg vornimmt, sondern ein überflüssiges Phantasieloch aufbaut. Noch sei es Zeit, diese Geschmacklosigkeit zu verhindern. Aber Graf Posadowsky und die Vertreter der Mehrheitsparteien wissen den Wünschen, die von bestimmter Seite kommen, zu gehorchen. Daß dies der springende Punkt in der Frage der Kunstpflege durch das Reich ist, wird bei der Debatte über die deutsche Kunstausstellung in St. Louis noch deutlicher hervortreten. Hier haben Herr v. Werner und die Seinen es bekanntlich verstanden, jeden Vergleich ihrer Malfabrikate mit wirklichen Kunstprodukten auszuschalten und sich das ausschließliche Monopol der Wandbehängung in St. Louis zu sichern. Die Entscheidung scheint dabei über den Bundesrat hinweg ergangen zu sein. Jedenfalls rührte Herr Dr. Spahn, der Montag als einziger Redner über diesen Gegenstand noch zum Wort kam, sehr deutlich an die parlamentarische Saite. Im Uebrigen bereitete Herr Dr. Spahn dem Hause die Ueberraschung, daß er als Vertreter der neuen Malweise und als Bewunderer von Manet, dem großen französischen Impressionisten und Liebermann auftrat. Natürlich mit Raufen und mit reichsgerichtsrätlichen Einschülfungen, aber doch deutlich genug, die Abneigung des Zentrums, wenigstens künftig die Siegesallee-Kunst noch aus Reichsmitteln zu subventionieren, zum Ausdruck zu bringen. Diese sehr interessante Debatte wird Dienstag fortgesetzt.

33. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky. An Stelle des Abg. Engelen (3.) wird Abg. Erzbberger (3.) zur Reichsschuldenkommission als Mitglied gewählt.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ fortgesetzt.

Frähdorf (Soz.): In der Spruchpraxis des Reichsversicherungsamts bestehen trotz unserer vielfachen Hinweise mancherlei Ungeleglichkeiten immer noch fort. Wenn die Natur sich weiterhin so anhäufen, muß eine Vermehrung der Senate erfolgen. Graf Posadowsky hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Baugewerksberufsgenossenschaften ihren Pflichten bei Unfallverhütungen nicht nachkommen. Die sachliche Baugewerksberufsgenossenschaft hat zwar sehr gute Unfallverhütungsmaßnahmen, aber sie werden nicht durchgeführt. Das wichtigste ist die Hinzuziehung von Arbeiterkontrolluren, die den technischen Beamten als Assistenten zur Seite stehen müssen. (Zustimmung h. d. Soz.) Dr. Mugdan und Dr. Beder haben wieder viel über die böse Sozialdemokratie geredet. Das haben schon viele andere vor ihnen getan, aber es hat ihnen nichts genützt. Meistens sah man Hof und Keiter bei der nächsten Reichstagswahl nicht wieder. (Heiterkeit und Sehr gut! h. d. Soz.) Sorophezie ich auch den Herren Dr. Mugdan und Dr. Beder, daß sie hier nur eine Gastrolle geben, wenn sie auch keine Primadonnen sind. (Gr. Heiterk.) Dr. Mugdan hat so vorzüglich den Regierungskommissar gespielt, daß er sich eigentlich zu Herrn v. Kardorf legen sollte. (Sehr gut! bei den Soz.) Er drängt immer rückwärts in der Sozialpolitik. Mag auch mein Freund Städtgen manchmal in der Kritik zu weit gehen (Abg. Städtgen ruft laut: Niemals! Gr. Heiterkeit), so ist mir das doch viel lieber, als dieses Nachhinken. An den Krankenkassenstreit ist die Sozialdemokratie fast nirgends interessiert. War der Krankenkassentag sozialdemokratisch? (Dr. Mugdan: Ja!) Dann gehören Regierungs- und Gemeindebeamte massenhaft zu unserer Partei. Ist das Kölner Kaiser-telegramm etwa von unseren Parteigenossen abgeschrieben? Auch das Gros der Zentrumspartei und die evangelischen Arbeitervereine sind gegen die freie Artwahl. Redner legt dann zahlenmäßig die ungunstigen Wirkungen der freien Artwahl auf die kaufmännischen Krankenkassen in Köln und die Reichliche Betriebskrankenkasse in Jena dar. Auch in Berlin werden wir Erhebungen machen und das

Ergebnis hier mitteilen. Nach der Statistik aber ist der größte Teil der Klassen vor jedem sozialdemokratischen Einfluß von vornherein gesichert. — Nun hat Genosse Erberger (Große Heiterkeit) —, Herr Erberger, uns wieder vorgeworfen, daß wir die guten Posten bei den Klassen mit Sozialdemokraten besetzten. Wir fragen zunächst nach der Fähigkeit. Aber schließlich haben doch auch Sozialdemokraten, denen alle Stellen in Gemeinde, Staat und Reich verschlossen sind, Recht auf irgendeine Anstellung. Dr. Mugdan sagte, die Angriffe der Ärzte richteten sich nicht gegen die Krankenkassen, sondern gegen die hochbeinigen Vorstände. Aber wir haben in diesen Fragen die Mitglieder hinter uns! (Zustimmung b. d. Soz.) Dr. Mugdan, wollen wir eine Probe machen? Wenn Sie in einer Versammlung von Versicherten 10 Proz. der Anwesenden auf Ihrer Seite haben, gleich 20 Markt in den freisinnigen Wahlfonds. (Heiterkeit.) Sie (zum Abg. Dr. Mugdan) betämen es nicht allein mit den Kassenvorständen zu tun, sondern auch mit den Gewerkschaften. (Abg. Dr. Mugdan ruft: Ich habe keine Angst!) Die Kassenvorstände haben keine persönlichen Interessen, sie kann es vollständig gleichgültig sein, ob freie Arztwahl oder nicht, es handelt sich aber um die Existenz der Klassen, um die Interessen der Versicherten. Wir kämpfen aus Idealismus im Interesse anderer, Sie aber für sich selbst, und vielfach aus naivstem Egoismus! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Henl zu Herrnsheim (N.) führt aus, daß er aus den Akten nicht habe entnehmen können, daß die Sozialdemokraten für das Wucherergesetz gestimmt hätten. Da keine namentliche Abstimmung stattgefunden habe, könne man hier nur von einem Indizienbeweis reden. Energisch zurückweisen müsse er den Vorwurf des Abg. Stadthagen, daß er etwas Unwahres gesagt habe. Er bleibe vollkommen bei dem, was er über Müllerand gesagt habe, und bleibe auch dabei, daß der Steuerplan des Abg. Ulrich in den höchsten Sätzen auf 118 Proz. herauskomme. Im übrigen meine er, daß jeder sozialdemokratische Angriff ein Ehrenzeichen für einen deutschen Mann sei. (Beifall.)

Stadthagen (Soz.) erkennt an, daß die Beamten des Reichsversicherungsamts zum großen Teil auf einem durchaus wohlwollenden und arbeiterfreundlichen Standpunkt stehen; das könne er aus eigener Erfahrung aussprechen. Es sei daher nicht zu wünschen, daß der Einfluß des Amtes irgendwie zurückgedrängt werde. Nur einen kleinen Vorwurf wolle er dem Amt machen, daß es den Berufsangehörigen gegenüber nicht energisch genug sei. Das sei aber in der gesetzlichen Bestimmung begründet. Das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt habe sich zu seinem Vorteil vor dem Reichsgericht ab. Es wäre durchaus falsch, in die Rechtsprechung des Amtes von oben her einzugreifen. Die Unzufriedenheit vieler Rentempfangender rühre nicht von der Sozialdemokratie her, sondern von der Unvollkommenheit unserer sozialen Gesetzgebung. Ein Mangel ist es, daß es dem Verletzten so schwer ist, von seiner Seite ein Gutachten beizubringen. Das ist der Grund für viele unbedingte Urteile. Der Medner äußert einige weitere Spezialwünsche und erörtert die Frage der freien Arztwahl, deren Anhänger er sei. Das Schlimme bei der ganzen Geschichte ist, daß ein böser Zwist ausgebrochen ist, der die ganze Sache verdirbt. Die Krankenkassen können die freie Arztwahl nicht einführen, wenn die andern Klassen sie ablehnen. Die Ärzte dürfen ihre Forderungen nicht zu hoch schrauben, daß die Klassen dadurch gefährdet werden. Ich bestreite den Ärzten durchaus nicht das Recht, sich zu organisieren; auf der andern Seite aber müssen die Klassen sich selber auch mehr gegen Forderungen, deren Erfüllung nicht in ihrer Macht liegt. Die Ärzte müssen sich mehr verständigen mit den Klassen und dürfen nicht so rückwärtslos vorgehen. (Bravo! b. d. Soz.)

Stadthagen (Soz.) hält es für nötig, daß die Krankenkassen in die Lage versetzt werden, ihren Mitgliedern gute, kräftige Nahrung verschreiben zu lassen. Das sei in vielen Fällen wichtiger als die Arzneiqualitätsbereinigung. Der Abg. v. Heyl werde sich überzeugen haben, daß er in vielen Dingen Unrichtiges gesagt habe. Was hat es für einen Sinn, einem verdienten Mann wie Hebel immer vorzugalzen, daß er eine Billa habe? Konnen Sie sie ihm doch ab. Was Herr von Heyl als eine humoristische Abweimung des Abg. Ulrich hinstellt, ist in Wahrheit das ungeschickteste Befehlsmittel, daß er dem Abg. Ulrich Unrecht getan und die Unwahrheit gesagt hat, wie aus dem stenographischen Wortlaut der Erklärung des Finanzministers Gnaß hervorgeht. Die kann ein Mann, der sich mit politischen Dingen beschäftigen will, im Ernst behaupten, daß der Abgeordnete Müllerandische Ausdrucksgegenstand ist Grundlage der Freiheit im Widerspruch mit dem sozialdemokratischen Programm liegt! Wir sagen ja eben, daß die große Menge nicht frei ist, weil sie keinen Anteil am Eigentum habe. Herr von Heyl hat also wieder die Unwahrheit gesagt.

Präsident Paasche macht den Medner darauf aufmerksam, daß es abjektiv nicht zur Sache gehört, wenn er immer wieder verweigert, daß der Abg. v. Heyl die Unwahrheit gesagt habe.

Stadthagen (fortfahrend): Ich will die Angelegenheit, die der Abg. von Heyl gegen mich und meine Parteigenossen gerichtet hat, zurückweisen, und ich werde jedesmal, wenn ich einen Punkt hergesehen habe, daran die Bemerkung knüpfen, daß der Abgeordnete von Heyl die Unwahrheit gesagt hat. Wenn ich das heute tun mag, so ist das nicht meine Schuld, sondern die des Abg. v. Heyl.

Präsident Paasche: Ich möchte nichts anderes, als daß Sie sich ruhig fassen und ich nur Sie hernach zur Sache und mache Sie auf die Folgen eines nachmaligen Auftrags zur Sache aufmerksam. (Bravo!)

Stadthagen (fortf.): In Bezug auf die Bürgergezeuzung hat ein Parteigenosse des Herrn Präsidenten

Präsident Paasche: Ich erlaube Sie, jede Information zu unterlassen, aus der hervorgeht, daß es sich um meine Gehaltszahlung zu Gunsten eines Parteigenossen handelt.

Stadthagen (fortf.): In Bezug auf die Bürgergezeuzung hat der Abg. v. Heyl auch heute wieder die Unwahrheit gesagt. Hebel geht nochmals ausführlich auf die parlamentarischen Verhandlungen über die Bürgergezeuzung ein und knüpft mit der Bemerkung, daß er das Urteil über Herrn v. Heyl dem Hause überlasse. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Borsadowsky verleiht nochmals das Reichsversicherungsamt und macht keine Freude darüber aus, daß heute der Abg. Stadthagen sich lebhaft über das Reichsversicherungsamt ausgesprochen habe, im Gegensatz zu früheren Verhandlungen unter Genossen. Das Reichsversicherungsamt sei allerdings überlastet, und man werde in einem Jahre da irgend einen Ausweg finden müssen. Was die Billa des Abg. Hebel anlangt, so sollten die Mitglieder der Parteien sich freuen, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Willen bekämen. Ich möchte jetzt, Herr Hebel und seine Freunde werden Kitzungsbeleg,

sie würden dann über die landwirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Erfahrung anders urteilen, als jetzt. (Heiterkeit.) (Abg. Gump: Das habe ich ja immer gesagt! Zurück v. d. Soziald.: Warum geben Sie uns dann nicht endlich das versprochene Gut?)

Wolkenbühr (Soz.): Wenn es wahr ist, daß manche Klassen, wie Herr Mugdan sagte, Verzte angestellt haben, die mit Zuchthaus vorbestraft sind, dann müssen die Versicherungsgeleze allerdings eine Bestimmung erhalten, die die Anstellung von Verzten verbietet, die mit Zuchthaus bestraft oder notorische Schwindler sind. Was die Klassen den Verzten mit Recht zum Vorwurf machen, ist, daß sie zuviel Juristerei in die Medizin tragen. Der Unterschied zwischen Unfall und Krankheit, wie er bei den gewerblichen Versicherungen gehandhabt wird, ist meines Erachtens ein mehr juristischer. Kann Herr Mugdan irgend eine Ungerechtigkeit der Klasse anführen, bei der die Verzte nicht im Spiel gemeint waren? In der Zunahme der Returke vor dem Reichsversicherungsamt ist besonders der Umstand schuld, daß sich zu jeder Kürzung der Rente irgend ein schäbiger Arzt findet, der dazu die Hand bietet. Manchmal irren die Verzte ja auch, aber sie sollten eben vorsichtig sein. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Mugdan (Soz.): Der Vorwurf der Schämigkeit gegen den Verztstand ist unerhört. Etwas Schlimmeres kann dem Verztstand überhaupt nicht gesagt werden. Wenn der Abg. Wolkenbühr recht hätte, dann würde das Reichsversicherungsamt ungleich mehr Urteile umändern, als es der Fall ist. Daß die Anstellung von mit Zuchthaus bestraften Verzten nicht alle Tage vorkommt, ist klar. Ich meine natürlich die kölner Klasse, die einen Arzt angestellt hat, der mit Zuchthaus bestraft war; vier sind mit Gefängnis bestraft gewesen. Man wollte sogar einen Arzt anstellen, der nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte war. Die Klasse hat in der Tat einen Arzt angestellt, der morgens Spezialarzt für Augen und nachmittags für ein anderes Fach war. Das Vorgehen der kölner Behörde kann ich übrigens nicht ganz billigen. Herr Frähdorf sagt, ich sei mit Herrn v. Kardorff Hand in Hand gegangen. Ich weiß nicht, wiefern, sicher ist jedenfalls, daß Herr Frähdorf heute mit dem Minister Budde Hand in Hand gegangen ist und ich vermute, daß das nach sozialdemokratischer Auffassung noch schlimmer ist, wie wenn ich mit Herrn v. Kardorff Hand in Hand gehe.

Wolkenbühr (Soz.): Nicht ich habe die Vorwürfe gegen die Verzte verallgemeinert, sondern Herr Mugdan hat das vorgeführt getan. Da habe ich nun allerdings gesagt: Er weiß es besser.

Das Kapitel „Reichsversicherungsamt“ wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel „Kanalami“ müncht Göt (Soz.) einen Ladeplatz für Albersdorf. Leonhardi (Soz.) bedauert, daß die Regierung die Arbeiter am Kanal veranlaßt habe, aus dem alten Bauverein, der sehr leistungsfähig gerührt habe, auszutreten und einem neuen Verein sich anzuschließen. Die Betriebskrankenkassen haben ganz überflüssigerweise einen zweiten jüngeren Arzt angestellt. Medner müncht eine Veranberung des Beamtenpersonals und Umrüstung des Amtes unter das Reichsmarinamt oder das preussische Verkehrsministerium. Die jetzige Verwaltung sei zu schwerfällig. Wünschenswert sei die Verlegung des Amtes nach Solingen.

Staatssekretär Graf Borsadowsky sagt Prüfung der Frage zu, ob ein Bedürfnis für die Errichtung eines Anlegeplatzes in Albersdorf nötig ist. Natürlich könne man nicht an jedem Orte eine Ladestelle anlegen. Daß auf die Arbeiter ein Druck ausgeübt worden sei, dem neuen Bauverein beizutreten, sei ihm unbekannt. Die Einstellung des zweiten Krankenzarzes sei notwendig gewesen. In einem späteren Zeitpunkt werde die Verlegung des Kanalamis von Kiel nach Solingen erfolgen, im jetzigen Augenblick sei das nicht möglich.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ kritisiert Werner (Nati.) die Volksversicherung der „Victoria“, deren Prämien in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen ständen.

Dr. Rothhoff (Soz.) müncht, daß zum Versicherungsbeitrag in Zukunft auch Versicherungsnehmer delegiert würden.

Staatssekretär Graf Borsadowsky erwidert, daß er die Verhältnisse in der „Victoria“ zum Gegenstand eines amtlichen Berichtes machen werde. Die Volksversicherung sei von großer sozialpolitischer Bedeutung. Er sei auch dafür, daß in den Versicherungsbeiträgen Versicherungsnehmer gewählt würden. Er sei schon damit beschäftigt, eine Aenderung der Statuten vorzunehmen.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben.

Ein großer Teil der einmaligen Ausgaben wird ebenfalls bewilligt.

Bei dem Titel „Beitrag des Reiches zum Ausbau der Hofkönigsburg“, 150000 Mark, bemängelt

Dr. Südekum (Soz.) die Höhe dieser Summe. Der ganze Bau werde nur ein Phantastebau, das Geld sei eine unnütze Ausgabe. Daran andere auch das Gutachten der königlich preussischen Akademie für Kunstsin nicht. Denn diese hätte verschiedene Umkonstruktionspläne vorgelegt und eine Gestalt kann die Burg doch nur gehabt haben. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes, als um die Verbergung vor einem höheren Willen, der hier eine Rolle spielt, nachdem die Stadt Sülzenstadt dem Kaiser die Burg geschenkt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Borsadowsky bestreitet dies. Von einem Phantastebau könne keine Rede sein, da der ganze Grundriß noch vorhanden sei. Der Bau sei so mit der Geschichte des Landes verknüpft, daß schon ein großes historisches Interesse vorhanden sei; im Interesse des Ansehens des Reiches müsse ein schöner Bau hergestellt werden.

Dennig (N.) meint, daß es sich hier geradezu um eine nationale Lat handle.

Der Titel wird hierauf bewilligt, ein sozialdemokratischer Antrag, diesen Titel zu streichen, wird abgelehnt.

Als zweite Rate zu den Kosten der Beilegung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis werden 2 Millionen Mark verlangt.

Referent Herr v. Rüdiger-Dammsdorf gibt eine kurze Übersicht über die Verhandlungen der Kommission und erwähnt besonders die Befürwörter, die an die Verletzung der deutschen Kunst geknüpft seien. Ueber Wert oder Unwert der Sezession wolle er sich nicht äußern. Das ist nicht Aufgabe des Berichterstatters.

hat in der Kommission sich sehr abfällig über die Sezession geäußert. Nun, diese hat uns eine neue Art des Kunstbenedens gelehrt, der sich kein Künstler entziehen kann. Darum darf man sie nicht an den Branger stellen. Die Kunst muß sich an Objekte halten, die in Licht und Luft stehen. Das Reich muß mit zwei Organisationen der Kunstlerenschaft rechnen, die Kunstlergenossenschaft allein ist es nicht mehr, mit der das Reich zu verhandeln hat in diesen Angelegenheiten. (Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Alsdann wird die Beratung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

### Politische Nachrichten.

#### Deutschland.

Die Reichstagswahl in Schwewe Schmal-falden an Stelle des freisinnigen Volksparteilers Seyboth, der bekanntlich aus Anlaß seiner Beurteilung sein Mandat niederlegen mußte, hat am Montag stattgefunden. Für unsere Partei kandidierte wiederum Genosse Hugo, Rigarenfabrikant in Kassel. Kandidat der Freisinnigen Volkspartei ist Lehrer Merken-Berlin, der Freikonservativen der frühere Reichstagsabg. Gutsbeifer v. Christen. Für die Antiklerikalen kandidierte der im Juni in Flensburg unterlegene frühere Reichstagsabg. Raab, der in diesen Tagen auch aus der Hamburger Bürgerwehr herangezogen worden ist. Bei der Reichstagswahl am 16. Juni wurden in Schwewe-Schmalfalden 4546 Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, 6485 sozialdemokratische, 3812 freikonservativ und 3309 antiklerikale Stimmen abgegeben. In der Stichwahl wurde alsdann der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, Fabrikant Seyboth, mit 10348 gegen 7039 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 24745. Eine Meldung über das Resultat der Nachwahl am Montag liegt bisher noch nicht vor.

Die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe soll, wie die „Deutsche Baugew.-Ztg.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren will, mit Sicherheit zu erwarten sein. Dahingehende Anträge liegen dem Reichstage vor, auch der Landtag wird sich mit derselben Materie zu beschäftigen haben. Seitens der preussischen Regierung sind die Handwerkskammern in der Sache befragt worden. Die Antworten sollen durchweg so ausgefallen sein, daß die Einführung des Befähigungsnachweises dringend gewünscht wird.

Vom Rosaenkurs. Die „Königsberger Volksztg.“ teilt mit, daß auch der Bauer in Rattern, bei dem vor kurzem, wie s. Bt. von uns gemeldet, 17 Pakete russischer Schriften von einem Gerbarm beschlagnahmt wurden, ange-schuldigt worden ist, einer geheimen Verbindung anzugehören, die Hochverrat verübt habe. Auch gegen ihn ist die Untersuchung eingeleitet. Schließlich ist auch gegen unsern Genosse Duesel in Stettin, Redakteur des Stettiner „Volksboten“, eine Voruntersuchung wegen Hochverrats gegen das russische Reich und wegen Beleidigung des russischen Kaisers eingeleitet worden. Das Duken wird jetzt bald voll sein. Der Königsberger „Geheimbunds“-prozeß scheint sich nach alledem zu einem Monstreprozeß auszu-wachsen, wie ein solcher nach den Tagen des Leipziger Hoch-verratsprozesses, traurigen Angedenkens, in Deutschland nicht mehr vorgekommen ist.

Die Gründe des Herero-Aufstandes stellt ein vertrauliches Flugblatt, das das Missionshaus Warmen an seine Freunde verbreitet hat, in grelle Beleuchtung. Klipp und klar wird darin ausgesprochen, daß nach den Berichten der Missionare neben den fortgesetzten Landverkäufen vor allem das von vielen weißen Häutlern geübte System des maßlosen Kreditgebens an die Eingeborenen und die darauf folgende rücksichtslose Eintreibung der Schulden, mit anderen Worten die Ausbeutung des Leichtsinnes der Eingeborenen, Zustände geschaffen habe, die trübe in die Zukunft schauen ließen. Die Mission habe immer wieder ihre bittende und warnende Stimme erhoben und habe es auch nicht unterlassen, geeigneten Orts vorstellig zu werden. Major Seumlein, der die Rechte der Eingeborenen auch gegenüber den Weißen vertrat, habe gerade darum eine zum Teil sehr leb-hafte Opposition erfahren. Mit Entschiedenheit wendet sich die Missionsanstalt auch gegen das Nachgeschrei gewisser Kreise, die eine völlige Vernichtung der Herero fordern: „Wir würden es aufs tiefste beklagen müssen, heißt es im dem Zirkular, ja wir würden es als einen Widerspruch gegen Recht und Billigkeit empfinden müssen, wenn die Folge der nötig gewordenen gewaltsamen Niederdrückung des Aufstandes eine vollkommene Rechtlosigkeit der Herero, wie sie befürwortet wird, sein sollte. Die Ehre des deutschen Namens verlangt nicht nur, daß mit Waffengewalt und mit fester Hand Aufregung und Empörung niedergeworfen wird, und daß die Schuldigen, die das Schwert erhoben und gar zum Wort geschritten sind, die ganze Schwere des Gesetzes trifft; die Ehre des deutschen Namens verlangt auch, daß nach dem Siege den armen Irregeführten und Verblendeten, die sich haben hinreißen lassen, Schonung zuteil werde, und daß mit der Gerechtigkeit sich Milde paart.“ — Was wird die Antwort des kolonialen Kräfteproletats auf diesen Appell an die Menschlichkeit sein? Hohn und Spott über die idealistischen Schwärmer, die von den Bedürfnissen und Aufgaben praktischer Kolonialpolitik keine Ahnung haben. Recht und Billigkeit gegenüber Hottentotten? Lächerlich!

Ein geheimes Dokument der preussischen Regierung. Ein deutscher Staatsanwalt teilte den Polizeibehörden einer russischen Grenzstadt ein Verzeichnis der Personen mit, die des Transports „Wegaler“ Schriften nach Rußland verdächtig und zur Verantwortlichkeit gezogen worden sind. Personen, welche nach Angaben des Staatsanwaltes Schriften zur Grenze senden, sind vier benannt. Als unmittelbar transportierend sind weitere fünf Personen und als bereits zur Verantwortung gezogen ebenfalls fünf genannt. Alle diese Personen sind nach § 128 des deutschen Strafgesetzbuches angeklagt. Zum Schluß hat der Staats-anwalt, ihm die Namen der Personen, die von der russischen Regierung des Transports „Wegaler“ Schriften angeklagt sind, zu nennen. — Rußland hat's gut, es braucht Fragen nicht mehr zu erobern, Preußen tut schon ohne des Kaiserens Willen.

Zum Postetat haben Zentrum sabgeordnete nachfolgende Resolution eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in der Statistik der deutschen Reichspost und Telegraphenverwaltung bezüglich der mittleren und niederen Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung eine eingehende Nachweisung veröffentlicht wird über die tägliche Dienstzeit, die Sonntagsruhe, insbesondere die Ruhe am Sonntag Vormittag, die Ruhetage und den Erholungsurlaub.“

Der gemeinschaftliche Landtag von Koburg-Gotha vertet Sonnabend die neue Landtags-Wahl-gesetznovelle. Der Gesetzesentwurf wurde gegen acht Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Durch denselben wird bei der Landtagswahl geheime Zettelwahl sowie Stimmräume vorgeschrieben. Bei den Urwahlen entscheidet absolute Mehrheit, wenn aber bei den Stichwahlen eine absolute Mehrheit nicht erzielt wird, entscheidet relative Mehrheit. Hierauf wurde der Landtag bis nach den Neuwahlen vertagt.

Ärzte und Krankenkassen. Im Arztelokal der Ortskrankenkasse in Leipzig stellte die Regierung beiden Parteien eine Erklärungsschrift auf die behördlichen Einigungs-verträge bis Montag Abend 6 Uhr. Wie die „Berl. Ztg.“ erfahren haben will, stimmten die Ärzte dem Vorschlage zu, während die Ortskrankenkasse einen Teil der Regierungsvorschläge ablehnte. Die gesamte Kassen-Ärzteschaft, ca. 250, hält für den Fall, daß der Einigungsvertrag scheitern sollte, die Kündigung zum 31. März ausrecht. — In Weisburg ist der Streit dahin erledigt worden, daß die Ärzte — vorläufig auf ein Jahr — pro Kassenmitglied 5 Mark erhalten; 6 Mark hatten sie beantragt. Das bisherige Honorar betrug 3,60 Mk. — Auch die Apotheker sollen jetzt, laut der „Rheinischen Ztg.“ in Köln, von der Aufsichtsbehörde gegen die Krankenkassen mobil gemacht werden. Wie mitgeteilt wird, verweigern die Apotheker die Ausfertigung der Rezepte, die von den für die Ortskrankenkassen tätigen, neuen Ärzten gegeben werden.

Selbstschüsse für Rußland. Unser Parteivorstand in Krakau, der „Naprzod“, hat aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß am 4. d. Mts. zehn russische Deserteure von preussischen Gendarmen abgefaßt und den russischen Behörden in Czestoch bei Sosnowitz ausgeliefert worden seien. Czestoch liegt dicht an der oberschlesischen Grenze und in der Nähe von Beuthen. Die Auslieferung von Deserteuren widerspricht allen Gebräuchen des Völkerrechts. Die preussische Regierung wird hoffentlich nicht zögern, die Nachricht schleunigst durch eine amtliche Rundgebung zu widerlegen, — das heißt wenn sie kann.

Kleine politische Nachrichten. Für den 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreis Zschoppau-Marienbergr, den bisher Genosse Rosenow vertrat, wird die Deutsche Reformpartei den früheren antihemischen Abgeordneten Oswald Zimmermann als Kandidaten aufstellen. — Von der Einbeziehung aller Streitigkeiten zwischen Geschäftsherren und ihren Agenten in die Kompetenz der zu schaffenden Kaufmannsgerichte handelt eine beim Reichstage eingegangene Petition. In deren Begründung wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Lage einer großen Zahl von Agenten schwächer als die der Handlungsgehilfen sei, zumal ihnen Gesetz und Handelsgebrauch verschiedene Rechtswohlthaten verweigern, die sie Angestellten zubilligen. — Zwischen Frankreich und Siam ist Sonntag ein Vertrag unterzeichnet worden, der Frankreich in handelspolitischer Beziehung große Vorteile bietet.

Spanien. Spanische Grenz. Die Folterungen von Montjuich entsetzlichen Angebens, deren Opfer im Jahre 1896 die verhafteten angeblichen Anarchisten von Barcelona waren, haben eine gräßliche Auferstehung gefeiert. Diesmal sind streikende Arbeiter die Opfer gewesen. Die Pariser „Aurore“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Brief, den 23 spanische, in dem Gefängnis von Ronda inhaftierte Arbeiter an die Zeitung „Tierra y Libertad“ haben gelangen lassen, und in dem sie die unzähligen Schändlichkeiten enthüllen, die die Polizisten an ihnen verübt haben. Die Arbeiter von Alcala del Valle traten am 1. August des verfloffenen Jahres in den Ausstand, um die Freilassung ihrer ungerechtfertigt verhafteten Gefährten zu erlangen. Um den Streik zu unterdrücken, feuerte die Polizei auf die Menge, wobei ein Kind getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Am folgenden Tage verhafteten die Schutzleute zu Alcala alles, was ihnen unter die Hände kam, Männer, Frauen und Kinder, zusammen 94 Personen. Nicht zufrieden mit dieser Geldentat, wollten Polizisten von den Verhafteten das Geld abdrücken erzwingen, daß sie eine Gesellschaft mit revolutionären Zielen gebildet hätten. Da die Verhafteten das nicht gestehen wollten, griffen die Unmenschen zur Folter. Mit Gewehrkolben und dem flachen Säbel wurden die Verhafteten blutig geschlagen. Fünfzehn bis zwanzig Polizisten richteten sich auf einen einzigen Gefangenen, schlugen auf ihn ein, traten ihn mit Füßen. Mit dem Kopfe nach unten wurden die Verhafteten in die Wagenschwerten dann an der Wand aufgehängt und dann in so schrecklicher Weise an den Geschlechtsstellen verwundet, daß sie vor Schmerz ohnmächtig wurden. Die Feder sträubt sich, all die von den Polizisten ausgehenden teuflischen Qualen zu schildern. Die Mißhandlungen hörten nur dann auf, wenn den Schindern die Kräfte veragten. Es genügt wohl zu bemerken, daß 3 Monate später, (zur Zeit, als der Brief geschrieben wurde) noch keiner der Mißhandelten von den Verletzungen genesen war, einige sogar noch in Lebensgefahr schwebten. Nach diesen unerhörten Tausenden wurden sämtliche Verhaftete in das Gefängnis von Alcala überführt, wo sie in einen so engen Raum gesperrt wurden, daß viele aus Luftmangel in Ohnmacht fielen. Eine Frau, Maria Dorado, hatte in diesem Raum eine Frühgeburt. Wenn sich die Gefangenen wegen des Luftmangels beklagten, antworteten die Polizisten: „Wir werden das Zimmer bis zur Decke vollstopfen.“ Am 9. August endlich wurden die Gefangenen nach dem Gefängnis von Ronda gebracht, wo sie noch heute auf ihre Aburteilung warten.

Ueber angebliche Ausfälschungen Ausständiger meldet der offiziöse Draht aus Barcelona: Die Ausständigen verhaften die Fabrik eines Wagenbauers in Brand zu setzen. Der Chef der Polizei sandte infolgedessen dem Gouverneur eine Mitteilung, in welcher er darauf hinwies,

daß der Zeitpunkt gekommen sei, strengste Maßregeln gegen die Ausständigen zu ergreifen. Es wurden zahlreiche Flugblätter verteilt, in welchem die Arbeiter gegen die Bürger aufgereizt werden.

Montenegro. Verschwörung. Etwa 60 angesehenen Männer aus allen Teilen Montenegros, die angeblich in eine Verschwörung verwickelt sind, wurden verhaftet und nach Cetinje gebracht.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 16. Februar.

Die Vaterstädtischen rüsten! Aus dem Jahresbericht des Vaterstädtischen Vereins geht hervor, daß Regierer aus Anlaß der Bürgerchaftswahlen der Frage der Ergänzung der Organisation nähergetreten ist, um so eine systematische Vermehrung der Zahl der national-gesinnten Bürger zu erreichen. Man will dieses durch eine Satzungsänderung erzielen. — Es war voraus-zusehen, daß die Vaterstädtischen, denen nach den letzten Wahlen das Messer an der Kehle sitzt, nunmehr die Zeit bis zur nächsten Bürgerchaftswahl zu einer Rüstung und Sammlung ausnützen werden. Ob ihre diesbezüglichen Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein werden, mag dahingestellt bleiben. Immerhin aber haben auch die Arbeiter alle Ursache, immer und immer wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit Propaganda für die Wahl von sozialdemokratischen Bürgerchaftswahl-Kandidaten zu machen, damit trotz der systematischen Vermehrung der Zahl der national-gesinnten Bürger bei den nächsten Wahlen nach dem Hamburger Beispiel eine Reihe Sozialdemokraten gewählt werden.

Die Gärtner und Baumschulenarbeiter in Saltenbeck-Rellingen und Umgegend (Holstein) stehen allem Anschein nach vor einem schweren Konflikt. Der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag, der zur Beendigung des Streiks führte, ist am 1. März d. J. abgelaufen. Seitens der Arbeitnehmerorganisation sind nunmehr Schritte eingeleitet, um die Verlängerung des Tarifs und Befestigung einiger für die Arbeiter ungünstiger Bestimmungen darin zu erzielen. Die Unternehmer, die sich inzwischen organisiert haben und im Laufe des Jahres große Streikbrecherparaden für ev. vorkommende Fälle haben aufbauen lassen, weisen jedoch jede Unterhandlung zurück. Es sollen eine ganze Anzahl fremder Arbeitskräfte herangezogen werden, um die einheimischen Organisierten zu verdrängen. Da es zweifelsohne zum Kampf kommen wird, werden die Vertrauensleute der Arbeiterbewegung und die Genossen allerorts dringend gebeten, den Zugang von Gärtnern, Baumschulenarbeitern und Landarbeitern überhaupt nach Saltenbeck-Rellingen fern zu halten.

In denjenigen Konkursfällen, in denen das Amtsgericht mangelnder Masse halber dem Antrag auf Konkursöffnung nicht entspricht, soll nach einer Verordnung des Senats nunmehr eine Veröffentlichung erfolgen.

Arbeitertribüne. In der Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft verlegte sich Freitag Vormittag der Schmied Wirthel, wohnhaft Schützenstraße, am Dampfhammer einen Finger der rechten Hand. W. mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Erst unlängst mußten wir bekanntlich von zwei Unfällen an diesem Dampfhammer berichten. Man scheint sich jedoch an zuständiger Stelle damit sehr leicht abzufinden. Wenigstens gelangt eine Äußerung des Meisters Lewes über die beiden von uns jüngst gemeldeten und entsprechend kritisierten Unfälle zu unserer Kenntnis, die dieser Vermutung Raum gibt; leider ist die Äußerung zu knotig, um hier wiedergegeben zu werden.

Die vereinigten Guttemplerlogen hielten Sonntag Nachmittag eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Leo aus Altona anstelle des verhinderten Herrn Eisenbahndirektors de Terra in längeren Ausführungen der vollen Entschlossenheit das Wort redete.

Der Ausschuss der Hansatischen Landesversicherungsanstalt hielt gestern eine kurze Sitzung ab. Außer einigen Wahlen, die am Schluß der Sitzung vorgenommen wurden, stand ein Antrag des Vorstandes zur Beratung, der den Ankauf eines Wohnhauses für den Arzt der Heilstätte „Günthaus“ bei St. Andreasberg bezweckte. Der Heilstättenarzt bewohnte bisher eine Mietwohnung. Das zu erwerbende Grundstück liegt neben der Heilstätte und soll 26 000 Mark kosten. Es wird also damit erreicht, daß auch das Grundstück der Heilstätte nach der Andreasberger Seite durch einen Fußweg begrenzt ist. Nach eingehender Beratung durch Direktor Gebhard gab der Ausschuss seine Zustimmung.

Ein großstädtisches Automaten-Restaurant soll in dem Gemügend von Mindenschen Grundstück in der Breitenstraße 65, das zu diesem Zwecke seitens mehrerer Lübecker angekauft worden ist, nach erfolgtem Umbau eröffnet werden.

In dem bedauerlichen Unglücksfall in der Dornestraße wird uns von dem Schuhmacher, dem der Besuch der verunglückten Frau galt, mitgeteilt, daß die Diele beleuchtet gewesen sei und somit den Barterebewohner, dem die Beleuchtung der Diele obliegt, kein Verschulden trifft.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Hellmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Öffentlicher Schlachthof. Im Januar 1904 wurden geschlachtet: Ochsen 46, Vollen 39, Kühe und Stieren 546, fetter Kälber 352, magerer Kälber 725, Lämmer 1, Ziegen 34, Schweine 3579, Schafe 365, Pferde 72, zusammen also 5759 Tiere gegenüber 5136 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanspruchungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1 ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen Abzehrung und wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Schweinepocken, 1 Schwein wegen multipler Abszesse, 1 fettes Kalb wegen eiteriger Blutvergiftung, 2 magerer Kälber wegen Tuberkulose, 1 magerer Kalb wegen Unreife, 1 magerer Kalb wegen eiteriger Nabelentzündung, 1 magerer Kalb wegen eiteriger Blutvergiftung, 1 Pferd wegen eiteriger Blutvergiftung. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 4 Schweine wegen Tuberkulose, 1 fettes Kalbfleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Desinfektor wurden gefocht: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 16 Schweine wegen Tuberkulose, 1/2 fettes Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 5 Schweinehäuten wegen Tuberkulose. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 661/2 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 210 kg auswärts geschlachtetes Fleisch wurden im Schlachthofe unterjocht. Hiervon wurden beanstandet und vernichtet: 1 magerer Kalb wegen mangelhafter Aus-tattung.

In ständigen Sachverständigen des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung sind er-

mählt worden: 1. zur Begutachtung für Fälle der inneren Medizin: Dr. med. Hoffacker, 2. zur Begutachtung für Augenkrankheiten: Dr. med. Gaggom, 3. zur Begutachtung für chirurgische Erkrankungen: Dr. med. Hartmann, 4. zur Begutachtung für nervöse Erkrankungen: Dr. med. Biehl. Der erste diesjährige Pferdemarkt findet am Donnerstag, den 25. ds. auf dem Brink hinter der alten Kaserne statt.

Uebersicht der Geschlechten, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Januar 1904. Geschlechten fanden statt 42. Geboren sind 206 Kinder, davon 96 männlichen, 110 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 1 Knabe, 4 Mädchen. Gestorben sind 65 Personen männlichen, 68 weiblichen Geschlechts, in Summe 133. Demnach Ueberschuß an Geburten 31 resp. 42, insgesamt 73. Auf 1000 Einwohner waren 26,98 Geburten, 17,42 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 37, von 1-5 Jahren 3, bis zu 10 Jahren: 2, bis zu 15: 2, bis zu 20: 0, bis 30: 5, bis zu 40: 3, bis zu 50: 11, bis zu 60: 12, bis zu 70: 16, bis zu 80: 27, bis zu 90: 10, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 14, Lungenerkrankung in 6, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 14, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 10, Folgen des Wogenbetts in 0, Krebs in 17, angeborene Lebensschwäche in 11, Altersschwäche in 10, Unglücksfall in 0, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 4, Krämpfe in 3, Nierenleiden in 1, Wasserucht in 0, Schlagfluß in 9, Typhus in 0, Malaria in 0, Scharlach in 1, Milzbrand in 0, übrige benannte Krankheiten in 21, und unbekannt in 9 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 47, Vorstadt St. Jürgen 14, St. Lorenz 40, St. Gertrud 15, die Krankenanstalten 17.

Aus dem Gerichtssaal. Weil sie in fahrlässiger Weise im Hause ihrer Dienstherrin auf dem Boden durch Fortwerfen eines glühenden Streichholzes ein kleines Schindenfeuer verursacht hatte, wurde das Dienstmädchen E. von der Strafkammer zu 20 Mk. Geldstrafe eventl. 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

pb. Ermittelter Wilddieb. In der verfloffenen Nacht wurde in der Walderseestraße vor einem auf Posten befindlichen Schutzmann, ein bekannter hiesiger Wilddieb, der in einem Sack einen etwa dreijährigen Rehbock trug, angehalten und wegen Verdachts der Wilddieberei festgenommen.

pb. Kein netter Schwann. Gegen einen hiesigen Arbeiter, der seine Ehefrau arg mißhandelte, wurde Anzeige erstattet.

pb. Taubendiebstahl. Eine Frau brachte zur Anzeige, daß aus dem Taubenschlag ihres Sohnes zwei wertvolle Tauben gestohlen seien. Beide Tauben wurden durch einen hiesigen Arbeiter bei einem hiesigen Wildhändler verkauft.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Ahrensdorf. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Anlegung einer elektrischen Zentrale zu Licht- und Kraftzwecken beschlossen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, mit dem Krankenhausbau jetzt definitiv zu beginnen. Das ist auch dringend notwendig.

Nahenburg. Mehrere Unglücksfälle sind leider beim letzten Gesechtsschießen zu verzeichnen gewesen. Am Freitag verlegte sich ein Jäger eine Hand nicht unerheblich. Die Ursache ist uns nicht bekannt geworden. Sonnabend brachten zwei Soldaten zwei von ihnen gefundene Zündkapseln, die zum Entzünden von Kanonenschnüßeln verwendet werden, aus Neugierde zur Entladung. Hierbei wurde der eine Soldat im Gesicht, der andre am Arm ziemlich stark verletzt. Die drei Verunglückten kamen ins Lazarett.

Mölln. Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachungen: Der Entwurf des Haushaltungsplans der Stadt Mölln für das Rechnungsjahr 1904 wird gemäß § 30 der Städteordnung vom 16. ds. Mts. ab 14 Tage lang zur Einsicht für alle Gemeindeangehörigen im Magistratsbureau auf dem Rathaus hier selbst öffentlich ausliegen. — Es wird hierdurch zu allgemeinen Kenntnis gebracht, daß das Ortsstatut und die Polizeiverordnung vom 3. Dezember 1896, die obligatorische Fleischschau in der Stadt Mölln betreffend, mit Genehmigung des Bezirksausschusses bezw. des Regierungs-Präsidenten in Schleswig aufgehoben sind, da ihre Bestimmungen durch das Gesetz vom 9. beziehungsweise 21. Januar 1904 erlosch sind.

Schönberg. Zur Besichtigung des Landtags. In der am Sonnabend abgehaltenen Versammlung des Bürger- und Bauern-Vereins wurde mitgeteilt, daß sich mit Ausnahme der Wähler in der Bogtei Stove in familiären Bogteien die Mehrzahl der Wähler für die Besichtigung des Landtags erklärt hätten. Von den 11 Abgeordneten wird jedoch trotz dieses Beschlusses keiner den Landtag besuchen, da die 3 Abgeordneten, die nur mit der Besichtigung einverstanden sind, erklärt haben, nur dann ihr Mandat auszuüben, wenn auch die übrigen acht zum Landtag gingen. Da diese sich dessen jedoch weigern, so kommt der Landtag auch heuer nicht zu Stande. Das Mandat der Abgeordneten läuft in zwei Jahren ab. — Der Verein beschloß ferner, der Regierung Vorschläge zur Aenderung der Verfassung zu unterbreiten. Das wird wohl wenig nützen.

Daffow. Ein eigenartiger Todesfall. In Gartenjeze war Sonnabend ein 36jähriger Müllergehülfe an der laufenden Mühle draußen mit dem Aufziehen des Balles beschäftigt. Plötzlich stürzte ein Fagel herab, ohne jedoch den Müller zu verletzen. Dieser aber war durch den Schreck besinnungslos geworden und war in wenigen Augenblicken eine Leiche. Ein infolge des plötzlichen Erschreckens verursachter Schlagfluß hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Wegen ausgebrochener Differenzen der Bergdorfer Nagelfabrik wird vor Zugang von Nagelschmieden und Maschinenstellern gemarnt. Nähere Auskunft erteilt Fr. Lange, Hamburg, Gerberstraße 2, 2. Etg., Vorsitzender des Zentralverbandes der Schmiede. — In Kiel verstarb am Sonnabend der Genosse Wiener, ein braver Mitkämpfer.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der bei Bangaff gefrandete hamburgische Dampfer „Marie Paul“ ist vollständig verloren. Die Besatzung hat das Schiff verlassen. — Auf der Unterelbe kollidierten die Dampfer „Denderah“ und „Uster“. Beide Schiffe lehrten mit schweren Beschädigungen nach Hamburg zurück. Die italienische Bark „Santa Rosalia“ ist in der Nordsee mit der holländischen Biermastbark „Nord“ kollidiert. „Santa Rosalia“ wurde schwer beschädigt durch einen Schleppdampfer in Hamburger Hafen eingebracht. — Der Arbeiter Wier in Kiel schloß auf eine Frau Wehm, zu der er früher Beziehungen hatte, die aber von der Frau gelöst waren.



## Die wirtschaftliche Entwicklung Japans.

MP. Man wird dem Kampfe zwischen Rußland und Japan mit um so größerer Spannung folgen, wenn man erwägt, daß sein Ausgang für das Tempo der wirtschaftlichen Entfaltung Ostasiens von großer Bedeutung sein wird. Erhält Rußland das Übergewicht, so wird das Tempo der Industrialisierung und Kapitalisierung Ostasiens viel langsamer erfolgen, als wenn es Japan gelingt, die führende Stellung zu erringen. Denn wie schon ein flüchtiger Blick auf Japans industrielle Entwicklung lehrt, ist dieses Land in hohem Maße auf die Expansion seines Wirtschaftsgebietes angewiesen. Es ist das England Ostasiens, das im Export seiner Erzeugnisse eine Vermehrung seines Wohlstandes zu finden trachtet. Nach dem letzten siegreichen Kriege mit China setzte in Japan eine überaus fräftige Gründungs-tätigkeit ein, der allerdings bald die Krise folgte, da der Absatz im Inlande nur in beschränktem Maße Steigerungsfähig war. Die japanische Regierung ist seit jener Zeit bemüht, den Export zu steigern und wagt ihr Augenmerk hauptsächlich auf China. Ein Bild über die wirtschaftliche Entwicklung Japans während der letzten 30 Jahre läßt sich am besten an der Hand der Statistik entwerfen. Eine in Tokio erscheinende national-ökonomische Zeitschrift stellte im vorigen Jahre folgende Angaben über Japans wirtschaftliche Entwicklung auf Grund amtlichen Materials zusammen. Es betrug

	1872	1882	1892	1897	1899	1901
Die Bevölkerung in Millionen	33,2	36,7	41,1	43,2	44,3	46,4
Der Staatshaushalt in Mill. Yen	57,7	73,4	76,1	223,7	254,2	266,8
Der Außenhandel in Millionen Yen	43,2	67,2	162,4	382,4	253,3	508,2
Die Länge der Eisenbahnen in engl. Meilen	18	170	1870	2948	3638	4026
Die Tonnage der Handelsdampfer in 1000 Reg.-Tons	22,3	42,1	102,3	426,6	498,3	543,2
Die Länge der Telegraphenlinien in Kilometer	340	21000	39000	72000	96000	112324
Die Spareinlagen in 1000 Yen	—	1058	30031	51550	68829	?
Der Geldumlauf in Millionen Yen	133	186	220	220	332	306

Wie aus diesen Ziffernreihen sich ergibt, erfolgte der wirtschaftliche Aufschwung während der Jahre 1892 bis 97, also nach dem Kriege zwischen Japan und China, besonders rasch. In der genannten Periode verdrängte auch der moderne großgewerbliche Maschinenbetrieb in schärfster Weise die handwerksmäßige Betriebsform. Eine die Jahre 1894 bis 1900 umfassende Uebersicht über das japanische Großgewerbe läßt diese Entwicklung deutlich erkennen. Die Zahl der mit Maschinen arbeitenden Fabriken betrug im Jahre 1894 2409 mit 41 031 Pferdekraften, im Jahre 1900 bloß 2388, die aber über 95 392 Pferdekraften verfügten. Während so die Zahl der in den Fabriken verwendeten motorischen Pferdekraften zunahm, erhöhte sich die Ziffer der ohne Maschinen tätigen Betriebe bloß von 3576 auf 4896 und die Arbeiterzahl eben wegen des starken Ersatzes von Handarbeit durch Maschinen nur von 381 390 auf 393 474. Eine Aufstellung der einzelnen Großgewerbebezüge, welche den Zeitabschnitt 1896—1899 umfaßt, weist eine sehr verschiedenartige Entwicklung der einzelnen Industriezweige auf, so bei der Seconspinnerei eine starke Zunahme der Maschinenbetriebe bei gleichzeitiger Abnahme der verwendeten motorischen Pferdekraften und Arbeiter, sowie eine Abnahme der Handbetriebe und der darin beschäftigten Arbeiter. Immerhin zählte die Seconspinnerei im Jahre 1899 1722 Maschinen-

betriebe mit 6631 Pferdekraften und 102 071 Arbeitern, sowie 496 Handbetriebe mit 14 077 Arbeitern. Dagegen hatte in der Seiden- und Baumwollspinnerei die Zahl sowohl der Maschinen-, als auch der Handbetriebe samt Pferdekraften und Arbeitern beträchtlich zugenommen. In der Weberei stieg sowohl die Zahl der Maschinen-, als auch die der Handbetriebe und der Arbeiter in den Betrieben beider Arten; jedoch nahm die Ziffer der verwendeten Pferdekraften etwas ab. Die größte Vermehrung der Zahl der Betriebe und der Arbeiter erfolgte aber bei den Fabriken ohne Maschinenbetriebe, was man daraus sich erklärt, daß die Billigkeit der Arbeit den Gang der Entwicklung etwas hemmte. Eine Zunahme der Zahl der Maschinenbetriebe mit ihren motorischen Pferdekraften und Arbeitern zugleich mit einer Abnahme der Zahl der Arbeiter und der Handbetriebe weisen Schiffswerften und Maschinenfabriken, Druckerien und Zementfabriken auf. Bei den Papierfabriken, die gleichfalls an Zahl, Pferdekraften und Arbeitern im Zeitabschnitt 1896 bis 1899 gewachsen sind, ist vom Handbetrieb überhaupt nicht die Rede. Die Arbeitslöhne sind zwar, nach unserem Maßstabe gemessen, noch immer gering, haben aber während der letzten Jahre infolge der Verteuerung der Lebensmittel eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Seit 1897 gibt nachstehende Uebersicht ein Bild von der Entwicklung der täglichen Durchschnittslöhne:

	1897	1898	1899	1900
Maurer	43	46	50	54
Holzarbeiter	43	46	49	53
Tischler	39	43	47	50
Schuhmacher	38	42	45	47
Schneider für japan. Kleidungsstücke	30	34	37	39
Schneider für europ. Kleidungsstücke	46	49	53	56
Schmiede	39	41	45	48
Papierarbeiter	28	31	33	32
Seher	28	31	35	35
Spinnerinnen	18	20	22	20
Weber, Männer	22	30	31	33
„ Frauen	15	19	19	20
Taagelöhner	29	33	34	37

Ein Yen ist in unserem Gelde ausgedrückt seit 1897 etwa gleich 2 Pf. Während früher die Arbeitslöhne sich nach den Preisen des hauptsächlichsten Nahrungsmittels, des Reis, richteten, trifft dies gegenwärtig nicht mehr zu. Im Jahre 1899 z. B. trat ein bedeutendes Sinken der Reispreise ein, trotzdem weisen die Arbeitslöhne für dieses Jahr fast durchgängig eine Erhöhung auf. Mit der modernen Industrie hat sich in Japan auch ein Proletariat herangebildet, das durch Zusammenschluß und Organisation seine Interessen zu wahren sucht. Ob es Japan gelingen wird, seine industrielle Entfaltung in gleichem Tempo wie bisher weiter zu entwickeln, das ist die Frage, die Japan jetzt durch seinen Krieg mit Rußland zur Entscheidung zu bringen sucht.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Berliner Tapetenkleber sind Sonnabend morgen in den Streik eingetreten. Der bestimmende Beschluß wurde Freitag Abend in einer großen, überfüllten Versammlung gefaßt. Der Grund für das Vorgehen wurde darin gefunden, daß bei der letzten Lohnbewegung vereinbarte Tarif vom Jahre 1900 fast nirgends mehr innegehalten wird. Insgesamt handelt es sich für Berlin und Umgegend um rund 500 Arbeiter. — Auch die zweite Bewegung der Relieff-, Druck- und Golddruckgraveure in Berlin, die darauf abzielte, den von den Arbeitgebern zugesicherten achtstündigen Arbeitstag zu erhalten, hat mit einem Siege der Arbeiter endet. Nur noch einige kleine Stimmthaber

wollen den Achtstundentag nicht anerkennen; im ganzen stehen noch 12 Golddruckgraveure im Streik. In einer Versammlung wurde beschlossen, so lange auf der Forderung von Ueberstundenarbeit bestehen zu wollen, bis diese 12 streikenden Kollegen vollständig untergebracht sind. — Eine allgemeine Aussperrung der Buchbinder in Kopenhagen ist von den Meistern in der letzten Generalversammlung ihrer Innung beschlossen worden. Der Innungsvorstand wurde beauftragt, sobald als möglich, unter Beobachtung der in dem bisherigen Tarifvertrag für diesen Fall vorgeschriebenen Ankündigungspflicht, bei allen Innungsmeistern die Aussperrung aller dort beschäftigten Mitglieder des Buchbinderverbandes zu verfügen. — In den Differenzen in der Diamantindustrie wird berichtet, daß die Aussperrung der Arbeiter sowohl in Amsterdam wie in Antwerpen begonnen hat. — Die Stockarbeiter von London haben nach dreizehnwöchigem Kampfe die Arbeit bedingungslos aufgenommen. Die Sieger üben jetzt Rache nach deutschem Muster; beim Eintritt zur Arbeit muß jeder die Erklärung abgeben, daß er aus seiner Organisation austritt; damit ist nun zum viertenmal der Versuch, eine Organisation in's Leben zu rufen, mißlungen. Nach Mitteilung des Sekretärs der Organisation herrscht großer Arbeitsmangel. Mehr als 100 Kollegen sind zur Zeit noch ausgesperrt.

**Sehen Sie, das ist ein Geschäft!** Unter den „armen“ Männern, die erst kürzlich den Deutschen Arbeiterbund „zum Schutze ihrer Existenz“ gegründet haben, befindet sich auch ein Herr Ferdinand Groß, Direktor einer großen Weberei in Augsburg, welches Unternehmen im letzten Jahre nach Abzug aller Abschreibungen einen Reingewinn von 1288 223 Mk. abwarf, während die Ausgaben für Arbeitslöhne fast dem Reingewinn gleichkommen und 1783 379 Mk. betragen. Trotz des ungeheuren Profites jammern aber diese „armen“ Leute doch über die Begehrlichkeit der Textilfabriken, wenn diese zu ihren Hungerlöhnen von 6—15 Mk. die Woche noch etwas dazu haben wollen.

**Aus Strimmitzschau** wird berichtet, daß der Terrorismus der Unternehmer keine Grenzen kennt. Sie fahren unentwegt fort, die Arbeiter zu schikanieren. Mit jeder Stunde mehren sich die Klagen über den Arbeitsnachweis des Fabrikantenvereins. Hat z. B. ein Arbeiter Arbeit erhalten, so muß er sich von dem Arbeitsnachweis einen Schein ausstellen lassen. Es kommt oft genug vor, daß ihm dort ein solcher verweigert wird. Er darf alsdann von dem betr. Fabrikanten nicht beschäftigt werden. Ist er schon in Arbeit getreten, muß er wieder aufhören. Die Arbeiter wandten sich deshalb an den Stadtrat und verlangten Abhilfe. Schon vor einigen Tagen wurde dem auch der Vorsitzende des Fabrikantenvereins, Lukas Schmidt, zum Stadtrat gerufen. Aber eine Aenderung in dem System ist noch nicht eingetreten. — Die Fabrikanten nutzen ihren „Sieg“ gründlich aus. Sie scheinen das Wort, daß man dem geschlagenen Feinde goldene Brücken bauen soll, nicht zu kennen und gehen blindwütig darauf los. Nun, vielleicht rennen sie sich doch noch einmal den Schädel ein.

**Der Breslauer Arbeitswilligenklub** geht weiter. Am Freitag wurden zwei organisierte Maurer, die einen Nichtorganisierten „belästigt“ hatten, zu 5 Tagen und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 14 Tage und 2 Monate Gefängnis beantragt. Ein dritter „Terrorist“ wurde freigesprochen. Gegen zwei Arbeitswillige, die als Belastungszeugen gegen organisierte Arbeiter auftraten, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen wesentlich falscher Anschuldigung eingeleitet.

**Die Reclus.** Donnerstag früh starb in Brüssel Etia Reclus. Er war im Jahre 1827 in Sainte Foy la Grande in der Gironda (Frankreich) als der Älteste von den zehn Kindern eines protestantischen Pfarrers geboren. Der Nächstälteste ist der berühmte Elisee Reclus, an

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

55 Fortsetzung.

„Sicher, sicher“, sagte der Notar; „die Klausel ist nun allerdings fatal, und zweitausend Taler sind auch keine Kleinigkeit. Ich sehe aber nicht ein, wie Direktor Sufmeyer, mein lebenswürdiger, wenn auch etwas exaltierter Nachbar, den Kontrakt selbst mit der Klausel halten will. Wir haben gewisse Fälle im bürgerlichen Leben, die jeden Kontrakt lösen, mag er klausuliert sein, wie er will. Verbindet sich zum Beispiel ein Kommiss in einem Geschäft und wird militärisch tätig, so ist der Kontrakt für die Zeit wenigstens suspendiert; Krankheit löst ebenfalls, und wenn ihr Fräulein Braut auch eine Klausel in ihren Kontrakt aufgenommen hätte, daß sie sich in der Zeit gar nicht verheiraten wolle, so würde sie der Direktor nie daran hindern können. Verheiratet Sie sich aber jetzt wirklich, und Ihre Frau Gemahlin kommt in den Fall, nicht aufzutreten zu können oder zu wollen, so kann der Herr Direktor nichts dagegen machen. Haben Sie übrigens schon mit dem Herrn Sufmeyer darüber gesprochen?“

„Ja“, lächelte Hauptmann von Dürrbeck, „er ist aber ein äußerst komischer und sehr exaltierter Kauz, so daß man ihm wirklich nicht beikommen kann.“

„Hat er wieder gedonnert?“ lächelte der Notar; „das haben wir ihm doch gesagt.“

„Nein, aber er verschwand durch eine Verletzung.“

Der Notar lachte. „Den seh' ich auch noch im Irrenhause“, sagte er; „aber wenn Sie noch einmal zu ihm gehen und ihm jetzt erklären, daß Sie Fräulein Wendheim ohne Weiteres heiraten und dann mit Ihrer Frau verreisen werden, so glaube ich nicht, daß er es hindern kann. Die Frau muß allen bürgerlichen Gesetzen noch dem Manne folgen und das Allerletzte wird dann sein, Sie akor-

bieren mit ihm über die Konventionalstrafe. Ich bin ganz fest davon überzeugt, daß er sich mit Vergnügen fügen wird.“

„Aber ich kann nicht mit ihm handeln.“

„Das brauchen Sie nicht; bieten Sie ihm ein Maximum, daß er annehmen oder ablehnen muß, und weigert er sich, so kommen Sie wieder zu mir. Ich werde mich in dessen genauer über den Fall informieren.“

„Ich muß Ihnen gestehen, daß ich den Herrn nicht gern zum zweiten Mal besuche.“

Häpfer sah still lächelnd vor sich nieder; endlich sagte er: „Wissen Sie was, ich möchte den komischen Löwen gern selber einmal in seiner Höhle sehen, ich werde zu ihm hinübergehen.“

„Sie würden mir dadurch einen großen Dienst erweisen.“

„Und wollten Sie ihm etwas als Abfindungsumme bezahlen?“

„Wenn es nicht anders möglich ist, würde ich ihm die ganze Konventionalstrafe zahlen, denn meine Frau darf unter keiner Bedingung wieder auf der Bühne erscheinen, ja, ich möchte am liebsten ihr Engagement sobald als möglich lösen.“

„Also Sie sind willens, im schlimmsten Falle die Hälfte der Strafe zu zahlen?“

„Wenn ich es damit in Güte abmachen kann, mit Vergnügen.“

„Sehr schön, das Weitere überlassen Sie mir.“

Dürrbeck war an das Fenster getreten und sah über die Straße hinüber. Oben am Fenster saßen wie gewöhnlich die beiden jungen Fräulein von Klingensbruch, saßen aber nur wenig heute nach der Strafe hinab und auch etwas bleich und niedergedrückt aus, so weit man das wenigstens von hier aus beobachten konnte.

„Die jungen Damen da drüben“, sagte er, „scheinen über den Tod ihrer Verwandten doch sehr niedergedrückt zu sein.“

zu sein. Apropos, Herr Notar, ist es denn wahr, was man sich in der Stadt über das Testament erzählt?“

„Also erzählt man sich schon davon?“ fragte Häpfer.

„Die Stadt ist voll davon. Die beiden Fräulein von Klingensbruch galten bis jetzt für eine glänzende Partie, aber sie sind jedenfalls durch das wunderliche und eigentlich ungerechte oder doch unfreundliche Testament enttäuscht worden — wenn es eben begründet ist.“

„Begründet ist es allerdings und auch kein Geheimnis mehr“, sagte Häpfer, „denn es wissen zu viele Menschen darum.“

„Und kann das Testament nicht angefochten werden?“

„Nein“, sagte der Notar; „die Frau Käufers hatte das volle Recht, über ihr Geld zu verfügen, wie sie wollte, und außerdem jetzt sämtliche Pfaffen zu ihren Freunden — daran läßt sich nichts tun.“

„Ach, sagen Sie mir, wer ist das wunderhübsche, junge Mädchen, das da oben an dem einen Dachstuhl seine Blumen gießt?“

„Ich bin ihm schon mehrmals auf der Treppe, wenn ich zu Klingensbruchs ging, begegnet.“

„Das ist eine junge Näherin, ein braves, wackeres Kind, das sich schwer, doch ehlich durch's Leben arbeitet und sein Brot mit der Nadel verdient.“

„Wahrlich ein hartes Brot! Aber das Gesicht kommt mir so merkwürdig bekannt vor, und doch kann ich mich nicht befinden, wem es gehört. Wie heißt sie?“

„Peters — Katharina Peters. Sind Sie mit Solbergs befreundet?“

„Ja — ich — war früher dort oft im Hause.“

„Dann werden Sie sie gewiß auch dort gesehen haben; sie ist in dem Hause als Waise aufgenommen und erzogen worden.“

„Jetzt besinne ich mich“, rief Dürrbeck rasch, „das liebe junge Wesen, das dort immer aus- und einging! Und sie ist fort von dort?“

„Ja“, sagte Häpfer trocken.

